

WIRTSCHAFT

DÜNGEMITTELHERSTELLER K+S

SPD: Salzeinleitung in Werra muss enden

23. November 2009, 16:06 Uhr

Die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion hat an den Düngemittelhersteller K+S appelliert, die Einleitung von Salz in die Werra zu stoppen.

HANNOVER/UNTERBREIZBACH. „K+S muss mit dieser Art von Entsorgung aufhören“, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Ronald Schminke am Montag in Hannover. Vor knapp zwei Wochen hatte sich der Runde Tisch aus Politik, Wirtschaft, Kommunen und Verbänden nicht auf eine Empfehlung für eine Fernleitung in die Nordsee einigen können.

In dem jahrelangen Streit um die 14 Millionen Kubikmeter Lauge, die pro Jahr bei der Kali-Förderung von K+S in Nordhessen und Thüringen entstehen, forderte die SPD die Firma nun erneut auf, moderne Technik einzusetzen. Die Laugen könnten weitaus umweltfreundlicher entsorgt werden. Dazu gehörten Verfahren, mit Hilfe derer die Laugen verfestigt und dann in die abgetragenen Gruben zurückgebracht werden könnten.

K+S will wie bisher das Salzwasser zur Hälfte in die Werra kippen und zur Hälfte in den Untergrund pressen. Schminke warf dem DAX- Unternehmen vor, die Technik nicht einsetzen zu wollen, da diese angeblich nicht wirtschaftlich genug sei.

K+S hatte stets darauf hingewiesen, dass den Umweltschäden aufgrund der bisherigen Praxis 5700 Arbeitsplätze in Nordhessen und Westthüringen gegenüber stünden. Die Folgen sind laut SPD und der Werra-Weser-Anrainerkonferenz bereits jetzt immens. „Salz ist grundsätzlich schlecht für Pflanzen und Tiere“, sagte Schminke. „Der gesamte Boden im Werragebiet ist versalzen“, fügte Walter Hölzel, Vorsitzender der Werra-Weser-Anrainerkonferenz, hinzu.

„Die Behörden haben die letzten Jahre beide Augen zugemacht.“ Hölzel warf K+S vor, mit ihrer Entsorgungspraxis die Wasserrahmenrichtlinien der EU zu umgehen zu versuchen. „Da wird es jetzt darauf ankommen, wie sich die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof dazu stellen“, sagte Hölzel. Schminke forderte auch Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) auf, die Niedersachsens Interessen stärker zu vertreten. (dpa)